

Lukas Maximilian Hirtz
Sprecher DIE LINKE. Duisburg
LukasHirtz@web.de
Mobil: 0176 960 506 11

Sichere Zuflucht für Geflüchtete schaffen

DIE LINKE.Duisburg fordert den Oberbürgermeister auf, sich der Flüchtlingsinitiative „Rheinschiene“ der Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und aktuell Potsdam anzuschließen.

Die Oberbürgermeister*innen der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf haben den Anfang gemacht, in dem sie ein Signal der Bereitschaft aussendeten, mehr Flüchtlinge aus dem Mittelmeerraum aufzunehmen. Dieser Appell wurde auch an die Bundesregierung und in einem Brief an Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel gerichtet. Potsdam ist diesem Beispiel nun gefolgt. Der Flüchtlingsrat, humanitäre Organisatoren und auch die Kirchen unterstützen dieses Anliegen.

DIE LINKE.Duisburg fordert Sören Link auf, sich der Initiative „Rheinschiene“ als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg anzuschließen. Hierzu sagt der stellvertretende Kreissprecher DIE LINKE.Duisburg Birane Gueye: „Horst Seehofer und andere Regierungspolitiker, auch solche der SPD, haben dafür gesorgt, dass das Retten von Menschenleben im Mittelmeer mittlerweile strafrechtlich verfolgt wird. 1400 Menschen sind alleine dieses Jahr auf dem Weg nach Europa gestorben, davon mehr als 600 Menschen, darunter auch viele Kinder, im Mittelmeer ertrunken. Auch Sören Link hat nicht nur gegenüber Einwanderung aus Osteuropa durch seine rassistischen Äußerungen in den letzten Jahren viel Porzellan zerschlagen. Es ist ein menschliches Gebot, den Geflüchteten zu helfen und ihnen einen sicheren Zufluchtsort zu verschaffen. Die Initiative der NRW-Rheinschiene, dem sich noch viele Städte anschließen werden, ist ein Zeichen der Humanität, die wir unterstützen. „

Auch die Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg, die sich seit jeher für eine bessere Flüchtlingsarbeit einsetzt und hier im Rat der Stadt Duisburg viele Entscheidungen kritisch begleitete, äußert sich ähnlich. „Sören Link hat jetzt die Möglichkeit dem guten Beispiel seiner Amtskollegen aus Bonn, Köln und Düsseldorf zu folgen und ein Signal zu setzen. Es muss aber auch eine klare Botschaft an die Bundesregierung erfolgen, die Kosten der Unterkunft dauerhaft für alle geflüchteten Menschen zu übernehmen und von der unmenschlichen und kriminalisierenden Abschottungspolitik, die auch von der Bundes-SPD mitgetragen wird, abzurücken. Die Ratsfraktion schließt sich der Forderung an, die Stadt Duisburg aufzufordern, ein sicherer Hafen für Geflüchtete zu werden.“, so die Sprecher der Ratsfraktion Martina Ammann-Hilberath.

Am Samstag, den 4. August, findet am Opernplatz vor dem Stadttheater ab 14 Uhr die Kundgebung „Seebrücke Duisburg Day Orange: Stoppt das Sterben im Mittelmeer“ statt. DIE LINKE.Duisburg unterstützt diese Aktion und ruft zur Kundgebung auf.